

flacon



Parfümerie-Discount Versand

	Unverbindlich empfohlener Verkaufspreis	Unser Preis
Alliage Badegel, 150 ml	36.--	28.80
Armani Eau de Toilette, 100 ml	80.--	64.--
Cabochard Eau de Toilette Spray, 100 ml	60.--	48.--
Fidji Eau de Toilette Spray, 50 ml	37.50	30.--
Givenchy III Eau de Toilette, 60 ml	38.--	30.40
KL Eau de Toilette, 60 ml	78.--	63.--
Madame Rochas Parfum de Toilette, 50 ml	47.--	37.60

Aramis Devin
Country Eau de Cologne
Spray, 95 ml **66.- 46.-**

Aramis
Pre Electric Lotion,
120 ml **32.- 22.-**

Chloé
Eau de Toilette Spray,
86 ml **72.- 52.-**

L'air du Temps
Eau de Toilette Spray,
60 ml **39.- 29.-**

Opium
Duschbad, 120 ml **58.-- 46.40**

Scherrer
Eau de Toilette Spray, 100 ml **90.-- 73.60**

Estee Super Parfum
Eau de Parfum Spray, 14 gr **29.-- 23.20**

Valentino
Eau de Toilette Spray, 50 ml **53.-- 42.40**

Aramis 900
Badegel 150 ml **31.-- 24.80**

Azzaro Men
Eau de Toilette Spray, 100 ml **59.-- 47.20**

Paco Rabanne
Eau de Toilette, 100 ml **59.-- 47.20**

Rufen Sie uns an! 0 71 91 / 6 00 96-8
Flacon, 7150 Backnang, Postfach 15 64
Laden: Seehofweg 14

- ☐ Bitte senden Sie mir Ihre ausführliche
Preisliste mit vielen hundert Angeboten
☐ Ich bestelle folgende Artikel
Mindestbestellung 150.-- DM

Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Die Lieferungen erfolgen per Nachnahme.
Für Porto und Verpackung berechnen wir
10.-- DM incl. Nachnahmegebühren.

Diese Artikel erhalten Sie auch in
folgenden Läden:
Wiesbaden, Kleine Kirchstr. 2, Mauritiusplatz
Ulm, Kammachergasse 1
Oldenburg, Achternstr. 42
Pforzheim, im City-Einkaufspark
Darmstadt, Ludwigstr. 3, Fußgängerzone
Freiburg, Eisenbahnstr. 47, im Rheingold
Frankfurt, Große Eschenheimer 43
Stg.-Bad Cannstatt, Waibling Str. 12 Binder-Optik
Stg.-Vaihingen, Vaihinger Markt Binder-Optik

„geringerem Energieaufwand“ in Japan
vorführen und staunte hinterher über
den „flügellosen Rumpf eines elegan-
ten Flugzeugs“. „San-ni-ichi-Starto!“
kommt der japanische countdown, und
hin rast der silbrige Pfeil, um bald nur
noch ein heller Punkt am grauen Hori-
zont dieses Wintertages zu sein.“

Als Platz für eine Transrapid-Trasse
ist den Planern auch noch aus anderen
Gründen die DDR in den Sinn gekom-
men. Unvergessen ist das rigorose Tem-
po, mit dem ostdeutsche Stellen die
Berlin-Hamburg-Autobahn Ende der
siebziger Jahre quer durch ihr Land
holzten, während das Pendant auf west-
deutscher Seite nur mühsam gedieh.
Denn Bürgerproteste, Kranichbiotope
und Trassendiskussion, die den westli-
chen Planern Prozesse und Verzögerung
einbrachten, haben in der DDR bei
weitem nicht so hohen Stellenwert wie
im umweltbewußten Westen.

Die unverkennbare Spekulation der
westdeutschen Magnetbahnplaner auf
dirigistische Bauerleichterungen hat im
Westen bereits Skrupel geweckt. „Da
denken sich wohl manche“, vermutet
SPD-Schröder, „warum sollen wir das
häßliche Ding bei uns stehen haben?“

Skepsis herrscht auch bei der Bun-
desbahn vor, die gerade erst mit Milliar-
denaufwand ihr Rad-Schiene-System
fürs Jahr 2000 nachrüstet und bis 1991
rund 400 Kilometer für Zuggeschwindig-
keiten bis 200 km/h vorhalten will.

„Man kann nicht sagen, daß wir in der
Postkutsche sitzen, und jetzt kommt je-
mand mit was Neuem, und da schießen
wir drauf“, sagt Bundesbahnsprecher
Manfred Herrmann. Doch die Bahner
erinnern Bonns ehrgeizige Planer an
Aussagen der Transrapid-Förderer, die
Testphase im Emsland werde mindestens
bis 1986 andauern. Derzeit, folgert ein
Bahnsprecher, lasse sich also „wohl
kaum sagen, daß das System ausgereift
und alltagstauglich ist“.

Solche Hinweise hören sich die christ-
demokratischen Magnet-Pioniere nur
ungern an. Als letzte Woche ein Mann
von der Bahn vor der niedersächsischen
Landespressekonferenz regierungsamtli-
cher Begeisterung widersprach, wies ihn
Albrechts Pressesprecher Hilmar von
Poser zurecht: Die Skepsis sei „ver-
früht“, der Bundesbahner nicht ausrei-
chend informiert. Poser: „Schließlich ist
das Projekt im Bundeskabinett bespro-
chen worden.“

Das allein hat in Berlin, das schließlich
Hauptnutznieser einer Magnetbahnver-
bindung wäre, noch nicht beeindruckt.
Detlef Stronk, Senatsdirektor im CDU-
geführten Wirtschaftsressort, nannte die
Bonner Schienen-Innovation letzte Wo-
che schlicht „abenteuerlich“.

Und auch das SPD-nahe Spandauer
„Volksblatt“ mochte sich von der am
Schalttag verkündeten frohen Botschaft
so bald nichts versprechen: „Wir werden
am nächsten 29. Februar noch einmal in
Bonn nachfragen.“

PROZESSE

Auf das schärfste

Als „Gefahr für die Pressefreiheit“
werten Kritiker zwei drakonische Ur-
teile gegen die Herausgeber des
Berliner Sponti-Blattes „Radikal“.

Die Berliner Zeitschrift „Radikal“
zeigt in ihrem Titel als I-Punkt einen
Anarcho-Stern. Das Sponti-Blatt er-
scheint monatlich mit einer Auflage von
5000 Stück, doch die kommen gelegent-
lich nicht alle an den Mann – immer
wieder beschlagnahmt die Justiz das
Blatt gleich stapelweise.

Oft nämlich schon hat „Radikal“ Be-
kennerbriefe und Strategiepapiere von



Verurteilter Journalist Härlin
Gesprächspartner des Bürgermeisters

Revolutionären Zellen und anderen
Militanten gedruckt, mit Überschriften
wie „Flammender Kommerz“ (Brandan-
schlag auf eine Bank) oder „Herzschläge“
 („Neuigkeiten aus dem westdeut-
schen Widerstand“).

Als Präsident Reagans Auftritt in Ber-
lin wüste Straßenschlachten ankündigte,
textete „Radikal“ erst: „Warte nicht, bis
der Reagan kommt – dumm-dumm“,
und dann: „Wir begrüßen Ronny und
seine Trachtengruppe auf das schärfste.“

Verantwortlich für solche Radikalaus-
zeichnungen im Impressum niemand – stets
standen dort nur fingierte Namen. Des-
halb suchte sich die Justiz die presse-
rechtlich Zuständigen unter Mitgliedern
einer „Zeitungskooperative e. V.“, die
als Mitherausgeber fungiert.

Mit einem drakonischen Urteil zog die
Berliner Justiz letzte Woche zwei Koop-
Beteiligte zur Verantwortung: Der Jour-
nalist Benny Härlin, 27, und der Student



Verurteilter Student Klöckner
Buchhalterische Mitarbeit

Michael Klöckner, 28, die im Juni 1983 für mehr als zwei Monate in Untersuchungshaft gesteckt worden waren, wurden vom Berliner Kammergericht, vergleichbar einem Oberlandesgericht, zu je zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, ohne Bewährung.

Während das Gericht im Falle Klöckners immerhin auch redaktionelle und buchhalterische Mitarbeit bei „Radikal“ als erwiesen ansah, bekam Härlin das gleiche Strafmaß im wesentlichen für die „Herausgeberfunktion“. Darin sah das Gericht den Tatbestand der Werbung für eine terroristische Vereinigung gemäß Paragraph 129a des Strafgesetzbuches sowie die Aufforderung zu Straftaten und deren Billigung erfüllt.

Diese „erforderliche und angemessene Sühne“, so das Gericht, erschien den Journalisten-Verbänden eher als „gewolltes Exempel“ und „Gefahr für die Pressefreiheit“. Die „Süddeutsche Zeitung“ sah darin einen Beleg, wie sehr die „seit Jahren mit Terroristenprozessen befaßten Kammerrichter das Augenmaß verloren haben“.

Unbeirrbar hatten die Richter den Vorwurf einer Komplizenschaft Härlins mit den „Radikal“-Aktivisten aufrechterhalten, obwohl der Journalist als Moderator am linken Rand stadtbekannt ist und nach Hausbesetzer-Konflikten auch beim Regierenden Bürgermeister als Gesprächspartner geschätzt war.

Irritiert zeigten sich beobachtende Juristen auch durch eine unverhoffte Volte in der Urteilsbegründung des Senatsvorsitzenden Dieter Palhoff: Ausschlaggebend für die Strafhöhe sei nicht der kapitale Vorwurf nach Paragraph 129a gewesen, dem zufolge immerhin sein Senat erst für Haftbeschlüsse und Hauptverfahren zuständig geworden war; vielmehr fußte die Härte des Urteils auf den

übrigen Anklagepunkten – die freilich werden in Deutschland meist vor Schöffenrichtern verhandelt.

Für den Umstand, daß dieses Unikum nicht sogleich ringsum einleuchtete, hatte Richter Palhoff auch gleich Schuldige parat: die Presse. Die hatte nach Ansicht des Senats „nahezu einhellig und fortwährend“ unterschlagen, daß es im Hochsicherheitstrakt der waffenstarrenden Festung Moabit längst nur noch am Rande um Paragraph 129a ging, im wesentlichen aber um die Aufforderung zu Straftaten und um deren Billigung.

Der Rundumschlag war nicht der erste einschlägige Reflex während des neunmonatigen Verfahrens, bei dem die Berichterstatter vorwiegend Abträgliches zu vermelden hatten. Mal stand in den Zeitungen vom Protest angesehener Juristen, Bundestagsabgeordneter und Schriftsteller gegen die Haftbehandlung.

Dann war zu lesen, wie Palhoff den Kreuzberger Baustadtrat Werner Orlowsky wegen eines an Härlin per Dienstpost verschickten Solidaritätsbriefs disziplinieren wollte – mit einem Strafverfahren wegen „Verdachts einer Untreue oder eines Betruges“. Dabei ging es um Korrespondenzkosten in Höhe von 1,24 Mark.

Und als Ohrfeige für Palhoff wurde, nicht nur von den Zeitungen, empfunden, daß erst eine Haftentscheidung des Bundesgerichtshofes für die zuvor vom Kammergericht beharrlich verweigerte Freilassung der Beschuldigten sorgte.

Womöglich ist mit dem Härlin/Klöckner-Urteil das Thema „Radikal“ fürs Kammergericht noch gar nicht ausgestanden. Denn mittlerweile stehen im „Radikal“-Impressum, wo laut Berliner Justiz-Verständnis die „Public-Relations-Manager für den Terrorismus“ vermerkt sind, 300 Namen von Lehrern und Ärzten, Journalisten und Buchhändlern.

VERKEHR

Ziviler Ungehorsam

Die Sympathiewelle, von der die Lastwagen-Blockade am Brenner und in Kiefersfelden getragen wurde, begrub die Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Aktion.

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Traunstein in Oberbayern hatte bislang mit Demonstranten und Blockieren nicht viel zu schaffen. Ihr Zuständigkeitsbereich, der idyllische Chiemgau und der Rupertigau, das Salzachviertel und das obere Inntal, blieb, gottlob, von Friedensbewegung und Rüstungsprotesten nahezu verschont.

* Am 25. Februar auf der Inntal-Autobahn.

Aber nun ermitteln die Traunsteiner Strafverfolger doch in einem gewichtigen Blockadefall wegen des Verdachts auf Nötigung. Es handelt sich bei den Betroffenen keineswegs um Raketengegner oder Kraftwerksverhinderer. Und der Staatsanwaltschaft sind auch nicht einmal die Namen der mutmaßlichen Delinquenten geläufig. Die Ermittlungen richten sich vorerst „gegen unbekannte Lkw-Fahrer“.

So spärlich waren bis Ende letzter Woche die Erkenntnisse und die strafrechtlichen Konsequenzen aus der tagelangen Dauerblockade der Inntal-Autobahn vor der deutsch-österreichischen Grenze bei Kiefersfelden/Kufstein: Bis zu 1500 Lastzüge und Sattelschlepper hatten sich, im Verein mit dem Brummikonvoi vor dem Brenner, zum Protest gegen Schikanen und Hinhaltepraxis an der italienischen Grenze aufgestaut. Zeitweise blockierten quergestellte Lastzüge sämtliche Fahrbahnen.

Trotz des pausenlosen Stillstands der Laster auf Standspuren und Stauräumen nahmen Polizeibeamte kaum Notiz von Fahrzeug-Nummern, geschweige von Fahrernamen. Personalienfeststellung bei Tatverdacht – sonst üblicherweise die erste Amtshandlung – war in Kiefersfelden nicht das Gebot der Stunde.

Die Polizei, sofern sie nicht mit Verkehrsregelung zu tun hatte, half beim Brotzeitbeschaffen und beim Strategiepalaver der Güterverkehrsfunktionäre. Leitende Polizeibeamte priesen nicht nur die „Disziplin und Standfestigkeit“ der wackeren Truckler – sie stimmten vielmehr selbst in deren Protest mit ein.

Kein Wunder: Die Diesel-Karawane genöß, anders als die Militärdepot-Blockaden der Friedensbewegten oder die Fluglotsen-Streiks früherer Jahre, die Sympathie der Regierenden. Auch Bayerns Ministerpräsidenten Franz Josef



Strauß, Lastwagenfahrer*
Protest gegen Zettel und Zertifikate